

5. Änderung der Preisregelung Wasser der Stadtwerke Erfstadt vom 17.12.2018

Der Rat der Stadt Erfstadt hat in seiner Sitzung am 11.12.2018 aufgrund §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung 14.07.1994 (GV. NW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in der jeweils gültigen Fassung,

der §§ 50 ff. des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2017 (BGBl. I S. 2771), in der jeweils gültigen Fassung,

der § 38 if. LWG NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.1995 (GV. NW. S. 926), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 08.07.2016 (GV. NRW. S. 559) und Gesetz vom 15.11.2016 (GV. NRW. S. 934), in der jeweils gültigen Fassung,

Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung — TrinkwV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.03.2016 (BGBl. I S. 459), zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 03.01.2018 (BGBl. I S. 99), in der jeweils gültigen Fassung,

Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV) vom 20.06.1980 (BGBl. IS. 750, 1067), zuletzt geändert durch Art. 8 der Verordnung vom 11.12.2014 (BGBl. IS. 2010), in der jeweils gültigen Fassung,

§ 7 der Betriebssatzung der Stadtwerke Erfstadt vom 06.05.2014, folgende Preisregelung Wasser der Stadtwerke Erfstadt beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Diese Preisregelung findet Anwendung für die Wasserversorgung in den Stadtteilen Ahrem, Blessem, Dirmerzheim, Gymnich, Herrig, Kierdorf, Köttingen, Lechenich und Liblar.

§ 2 Wassertarife

(1) Der Wassertarif für jeden aus der Wasserleitung entnommenen cbm Wasser beträgt

ab dem 01.01.2019 1,20 € (1,12 € netto)

ab dem 01.01.2020 1,25 € (1,17 € netto)

ab dem 01.01.2021 1,32 € (1,23 € netto)

ab dem 01.01.2022 1,37 € (1,28 € netto)

(2) Allgemeinen Wasserkunden, die die Stadtwerke ermächtigen die fälligen Entgelte im Wege des Lasteneinzugsverfahrens abzubuchen, können im laufenden Geschäftsjahr einen Bonus erhalten.

Ob und in welcher Höhe ein Bonus gezahlt werden kann, richtet sich nach dem Geschäftsabschluss. Die Festlegung erfolgt durch Beschluss des Betriebsausschusses, der öffentlich bekannt gemacht wird.

(3) Es werden folgende Grundpreise erhoben:

Ab dem 01.01.2019

a) bis 7 m ³	Q3 = 4 m ³ /h	8,75 € / Monat	(8,18 € netto)
bis 10 m ³	Q3 = 10 m ³ /h	21,87 € / Monat	(20,44 € netto)
bis 20 m ³	Q3 = 16 m ³ /h	34,99 € / Monat	(32,70 € netto)
über 20 m ³	Q3 = 25 m ³ /h	54,68 € / Monat	(51,10 € netto)

und für Verbundzähler

b) bis 40 m ³	Q3 = 25 m ³ /h	54,68 € / Monat	(51,10 € netto)
bis 80 m ³	Q3 = 63 m ³ /h	137,78 € / Monat	(128,77 € netto)
bis 100 m ³	Q3 = 100 m ³ /h	218,70 € / Monat	(204,40 € netto)
über 100 m ³	Nach individueller Leistungsberechnung gem. Staffelung		

Bei Verbundzählern wird zudem der Zählergrundpreis nach a) berechnet .

Ab 01.01.2020

a) bis 7 m ³	Q3 = 4 m ³ /h	9,53 € / Monat	(8,91 € netto)
bis 10 m ³	Q3 = 10 m ³ /h	23,82 € / Monat	(22,26 € netto)
bis 20 m ³	Q3 = 16 m ³ /h	38,12 € / Monat	(35,62 € netto)
über 20 m ³	Q3 = 25 m ³ /h	59,56 € / Monat	(55,66 € netto)

und für Verbundzähler

b) bis 40 m ³	Q3 = 25 m ³ /h	59,56 € / Monat	(55,66 € netto)
bis 80 m ³	Q3 = 63 m ³ /h	150,09 € / Monat	(140,27 € netto)
bis 100 m ³	Q3 = 100 m ³ /h	238,23 € / Monat	(222,65 € netto)
über 100 m ³	Nach individueller Leistungsberechnung gem. Staffelung		

Bei Verbundzählern wird zudem der Zählergrundpreis nach a) berechnet

Ab 01.01.2021

a) bis 7 m ³	Q3 = 4 m ³ /h	10,31 € / Monat	(9,64 € netto)
bis 10 m ³	Q3 = 10 m ³ /h	25,78 € / Monat	(24,09 € netto)
bis 20 m ³	Q3 = 16 m ³ /h	41,24 € / Monat	(38,54 € netto)
über 20 m ³	Q3 = 25 m ³ /h	64,44 € / Monat	(60,22 € netto)

und für Verbundzähler

b) bis 40 m ³	Q3 = 25 m ³ /h	64,44 € / Monat	(60,22 € netto)
bis 80 m ³	Q3 = 63 m ³ /h	162,39 € / Monat	(151,76 € netto)
bis 100 m ³	Q3 = 100 m ³ /h	257,76 € / Monat	(240,89 € netto)
über 100 m ³	Nach individueller Leistungsberechnung gem. Staffelung		

Bei Verbundzählern wird zudem der Zählergrundpreis nach a) berechnet.

Ab 01.01.2022

a) bis 7 m ³	Q3 = 4 m ³ /h	11,09 € / Monat	(10,37 € netto)
bis 10 m ³	Q3 = 10 m ³ /h	27,73 € / Monat	(25,91 € netto)
bis 20 m ³	Q3 = 16 m ³ /h	44,37 € / Monat	(41,46 € netto)
über 20 m ³	Q3 = 25 m ³ /h	69,32 € / Monat	(64,79 € netto)

und für Verbundzähler

b) bis 40 m ³	Q3 = 25 m ³ /h	69,32 € / Monat	(64,79 € netto)
bis 80 m ³	Q3 = 63 m ³ /h	174,69 € / Monat	(163,26 € netto)
bis 100 m ³	Q3 = 100 m ³ /h	277,28 € / Monat	(259,14 € netto)
über 100 m ³	Nach individueller Leistungsberechnung gem. Staffelung		

Bei Verbundzählern wird zudem der Zählergrundpreis nach a) berechnet.

- (4) Ist bei der Entnahme von Bauwasser eine Messung nach Ziff. 7.3 EB nicht möglich, wird nach dem cbm umbauten Raum berechnet und beträgt
- bei herkömmlicher (massiver) Bauweise 0,0535 € (0,05 € netto)
 - bei Fertigbauweise oder bei überwiegender Verwendung von Fertigbeton je cbm umbauten Raum. 0,0321 € (0,03 € netto)
- (5) Für die Anmietung eines Standrohres/Bauwasserzählers sind
- a) eine unverzinsliche Kautionshöhe von 500,00 € zu zahlen,
 - b) eine Grundpreis von 35,31 € (33,00 € netto) pro Ausleihe und pro angefangenen Jahr
 - c) eine Miete pro Kalendertag 1,07 € (1,00 € netto)

§ 3 Baukostenzuschuss

(1) Bemessungsgrundlagen für den Baukostenzuschuss sind:

- a) die Grundstücksfläche
- b) Art und Maß der baulichen Nutzung
 - bei Grundstücken, die nicht unmittelbar an eine Versorgungsanlage angrenzen oder lediglich durch einen dem Grundstück dienenden Weg mit dieser verbunden sind, die Fläche von der zu der Versorgungsanlage liegenden Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von höchstens 50 m;
 - bei Grundstücken, die an mehrere Versorgungsanlagen angrenzen, die Fläche von diesen Anlagen bis zu einer Tiefe von höchstens 50 m, wobei der Abstand parallel zur jeweiligen Straßenbegrenzungslinie gemessen wird.

Geht die relevante Nutzung tatsächlich über die vorgenannten Tiefenbegrenzungsregelungen von 50 m hinaus, so ist auch die Tiefe dieser übergreifenden Nutzung zu berücksichtigen. In diesen Fällen ergibt sich die etwaige Tiefenbegrenzung aus der hinteren Grenze der tatsächlichen Nutzung.

Vorgenannte Tiefenbegrenzungsregelungen gelten jedoch nicht bei Grundstücken, die überwiegend oder ausschließlich gewerblich, industriell, für Geschäfts-, Büro- oder Verwaltungsgebäude genutzt werden.

Private Zugangs- oder Zufahrtsgrundstücke, die dem Zahlungspflichtigen gehören, an denen er Anteilseigentum oder ein Erbrecht hat, gelten nicht als Grundstücksfläche und sind nicht zum Baukostenzuschuss heranzuziehen.

- b) Für die Bewertung von Art und Maß der baulichen Nutzung wird die nach a) zu berücksichtigende Grundstücksfläche mit Zuschlägen (Vomhundertsatz) multipliziert, die wie folgt zu veranschlagen sind:
 - ba) nach Geschoszahl:
 - bei eingeschossiger Bebaubarkeit 100 v.H.
 - bei zweigeschossiger Bebaubarkeit 130 v.H.
 - bei dreigeschossiger Bebaubarkeit 150 v.H.
 - bei vier- oder fünfgeschossiger Bebaubarkeit 160 v.H.
 - bei sechs- oder mehrgeschossiger Bebaubarkeit 170 v.H.

- bb) Festlegung der Geschosshöhe bei Grundstücken innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplans:

Als Geschosshöhe gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse. Dies gilt entsprechend, wenn ein Bebauungsplan sich in der Aufstellung befindet und den Verfahrensstand im Sinne des § 33 Bundesbaugesetz erreicht hat. Sind nur Baumassenzahlen festgesetzt, gilt als Zahl der Vollgeschosse die Baumassenzahl geteilt durch 3,5, wobei Bruchzahlen auf volle Zahlen auf- oder abgerundet werden. Ist nur die zulässige Gebäudehöhe festgesetzt, gilt als Zahl der Vollgeschosse die höchstzulässige Höhe geteilt durch 3,0, wobei Bruchzahlen auf volle Zahlen auf- oder abgerundet werden. Ist zum Zeitpunkt des Anschlusses eine größere Geschosshöhe zulässig oder vorhanden, so ist diese zugrunde zu legen.

Festlegung der Geschosshöhe bei Grundstücken außerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplans oder für Grundstücke für die ein Bebauungsplan die Zahl der Vollgeschosse, die Baumassenzahl oder die Gebäudehöhe nicht festsetzt:

Bei bebauten Grundstücken ergibt sich die Geschosshöhe aus der Höchstzahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse. Ist die Zahl der Vollgeschosse wegen der Besonderheit des Bauwerkes nicht feststellbar, gilt als Zahl der Vollgeschosse die Höhe des Bauwerkes geteilt durch 3,0, wobei Bruchzahlen auf volle Zahlen auf- oder abgerundet werden.

Bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken aus der Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse.

Bei Grundstücken, auf denen keine Bebauung zulässig ist, die aber gewerblich genutzt werden können, werden zwei Vollgeschosse zugrunde gelegt, womit auch die Nutzungsart berücksichtigt ist. Grundstücke auf denen nur Garagenbebauung vorhanden oder zulässig ist, gelten als eingeschossig bebaubare Grundstücke.

- bc) nach Nutzungsart:

Zur Berücksichtigung der unterschiedlichen Nutzungsart werden die unter ba) für das Maß der Grundstücksnutzung einschlägigen Faktoren um 50 v.H. erhöht bei Grundstücken in durch Bebauungsplan festgesetzten Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten sowie Sondergebieten mit der Nutzungsart Einkaufszentren, großflächige Handelsbetriebe, Messe-, Ausstellungs- und Kongressgebiet. Dies gilt entsprechend bei Grundstücken in Gebieten, in denen ohne Festsetzung durch Bebauungsplan eine nach Satz 1 vergleichbare Nutzung zulässig ist sowie bei Grundstücken in sonstigen Gebieten, die zu mehr als ein Drittel der vorhandenen Gebäudefläche gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise (z.B. Grundstücke mit Büro-, Verwaltungs-, Post-, Bahn-, Krankenhaus- oder Schulgebäuden) genutzt werden. Liegt eine derartige Nutzung ohne Bebauung oder zusätzlich zur Bebauung vor, gilt die tatsächlich so genutzte Fläche als Gebäudefläche.

- (2) Der Baukostenzuschuss beträgt 3,33 € (3,11 € netto) je Quadratmeter anrechnungsfähige Fläche.
- (3) Wird der Anschluss eines Grundstückes beantragt, das nicht in einem mit Versorgungsleitungen versehenen Bereich liegt und dessen Anschluss erhebliche Kosten verursacht, so hat der Antragsteller einen Baukostenzuschuss in Höhe der effektiven Kosten für die Herstellung der Zubringerleitung zuzüglich angemessener Gemeinkosten zu zahlen.
- (4) Für Weide-, Garten- und ähnliche Anschlüsse beträgt der Baukostenzuschuss 437,66 € (409,03 € netto), sofern nicht nach Abs. 4 zu verfahren ist.
- (5) Bei Erhöhung der Leistungsanforderung durch den Abnehmer kann ein weiterer Baukostenzuschuss verlangt werden:
 - a) bei Aufstockung von Gebäuden
 - b) bei Änderung der Nutzung von Weide-, Garten- und ähnlichen Anschlüssen.
- (6) Der Anschlussnehmer ist verpflichtet, Veränderungen, die eine Nachberechnung erforderlich machen, den Stadtwerken unverzüglich anzuzeigen.

§ 4

Hausanschlusskosten

- (1) Für die Herstellung eines Wasserhausanschlusses hat der Anschlussnehmer entsprechendem verlegten Rohrquerschnitt folgende Entgelte zu zahlen:
- | | | |
|---|------------|--------------------|
| a) anteilig im öffentlichen Bereich | | |
| 1" | 902,68 € | (843,63 € netto) |
| 1 1/4" | 1.025,78 € | (958,67 € netto) |
| 1 1/2" | 1.148,87 € | (1.073,71 € netto) |
| und mehr | 1.395,07€ | (1.303,80 € netto) |
| b) im privaten Grundstücksbereich bei Rohrquerschnitt von | | |
| 1" | 164,12 € | (153,39 € netto) |
| 1 1/4" | 205,16 € | (191,74 € netto) |
| 1 1/2" | 246,20 € | (230,09 € netto) |
| und mehr | 287,20 € | (268,42 € netto) |
- (3) Bei Mehrlängen über 5 m (gemessen von Grundstücksgrenzen bis zur vom Anschlussnehmer anzubringenden Halteplatte für den Wasserzähler) erfolgt die Abrechnung nach tatsächlichem Aufwand zzgl. der allgemeinen Verwaltungskostenzulage.
- (4) Erdarbeiten und Maurerarbeiten (Mauerdurchbruch, Abdichtung) im privaten Grundstücksbereich, sowie die Montage der Wassermesseranschlussplatte zzgl. KFR-Ventil sind bauseitig durchzuführen. Sofern die Stadtwerke damit beauftragt werden, werden die dafür anfallenden Kosten gesondert in Rechnung gestellt.
- (5) Die Kosten für Verstärkung, Auswechslung oder Veränderung der Hausanschlussanlagen, die der Anschlussnehmer beantragt oder die durch Erweiterung der Abnehmeranlagen bzw. durch Verschulden des Anschlussnehmers notwendig werden, sind vom Anschlussnehmer zu bezahlen.
- (6) Die laufende Unterhaltung einschließlich der altersbedingten Erneuerung von Hausanschlussanlagen obliegt in den Grenzen von § 3.6 der Ergänzenden Bestimmungen zur AVBWasserV den Stadtwerken.

§ 5

Inbetriebnahme der Kundenanlage

Die erstmalige Inbetriebsetzung ist unentgeltlich. Für jede weitere Inbetriebsetzung zahlt der Abnehmer 35,00 €. Dies gilt auch dann, wenn eine zur Inbetriebnahme fertig gemeldete Anlage nicht betriebsfertig vorgefunden wird bzw. nicht den technischen Normen der DIN 1988 entspricht sowie für die Wiederaufnahme der Versorgung nach einer Versorgungseinstellung.

§ 6

Kostenerstattung für Erneuerung, Beseitigung, Änderung von Hausanschlussleitungen und andere Ersatzansprüche

Werden von den Stadtwerken Leistungen erbracht, die dem Anschlussnehmer gemäß § 4 (3), (4) und (5) obliegen, wird ein Gemeinkostenzuschlag von 7% erhoben. Dies gilt auch für sonstige erstattungspflichtige Leistungen.

§ 7

Kosten bei Zahlungsverzug und Liefersperre

Es werden folgende Pauschalen erhoben:

- | | |
|---------------------|---------|
| 1. für jede Mahnung | 5,00 € |
| 2. für Nachinkasso | 15,00 € |
| 3. für Liefersperre | 35,00 € |

Die Forderung der Stadtwerke auf Entrichtung eines Baukostenzuschusses entsteht nach Antragstellung für einen Anschluss sowie mit dem Zustandekommen des Entsorgungsvertrages.

Bei zwangsweiser Einziehung der Forderungen im gerichtlichen Mahnverfahren werden Zinsen in Höhe des Kontokorrentzinssatzes der Stadtwerke bei der VR-Bank Rhein-Erft eG geltend gemacht.

Stundungen sind nur in sozialen Härtefällen möglich. Sie sind mit 0,5 % je Monat zu verzinsen und richten sich nach den Sozialhilfesätzen plus 50 % und Kosten der Wohnung aller im Haushalt lebenden Personen.

§ 8
Abgrenzungen

Ändern sich die Tarife nach § 2 Abs. (1), so wird keine Abgrenzung vorgenommen, wenn zwischen Ablesung und Inkrafttreten der Änderung ein Zeitraum unter 2 Monaten entsteht.

§ 9
Inkrafttreten

Die Preisregelung Wasser tritt am 01.01.2019 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Preisregelung Wasser in der Fassung vom 21.12.2011 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die Preisregelung Wasser der Stadtwerke Erftstadt wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt;
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden;
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet
oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Erftstadt, den
gez. Erner
Bürgermeister